

DIE VERTRAUENSCHANCEN NUTZEN!

Dr. Dieter Soltmann

Präsident des Wirtschaftsbeirates

Die Wirtschaftskrise Deutschlands ist nicht nur Folge konjunktureller und struktureller Probleme, sondern vor allem Ausdruck einer fundamentalen Vertrauenskrise zwischen Wirtschaft und Politik. Dabei brauchen Unternehmer gerade in Zeiten des Umbruchs nicht nur berechenbare Rahmenbedingungen, sondern auch eine Politik, die sich an verlässlichen Grundsätzen, Werten und Regeln orientiert. Politik und Öffentlichkeit müssen von einem Grundvertrauen gegenüber der Wirtschaft getragen sein und von der Anerkennung unternehmerischer Leistung. Nur dann findet unternehmerische Freiheit auf Dauer auch soziale Zustimmung, die ihr Bestand verleiht. Nur dann kann sich ein wirtschaftsfreundliches Gesamtklima entwickeln.

Tatsächlich orientiert sich der Staat in wichtigen Bereichen eher an dem Lenin'schen Grundsatz: „Vertrauen ist gut - Kontrolle ist besser“. Zwar sind Marxismus und Leninismus längst Geschichte. Aber ein unterschwelliges, manchmal geradezu krankhaftes Misstrauen des Staates hat sich erhalten – gerade gegenüber der gewerblichen Wirtschaft, die heute in Deutschland an allen Ecken und Enden staatliche Kontrollen und bürokratische Reglementierungen zu ertragen hat. Vor allem das deutsche Steuerrecht scheint dem Steuerbürger – zumal wenn er aus der Wirtschaft kommt – gründlich zu misstrauen. Es ist zu einem bedrückenden Dickicht geworden, das die Wirtschaft immer mehr lähmt und Ressourcen vergeudet.

Deutschland krankt daran, dass Bürger und Wirtschaft ebenso wie viele ausländische Investoren erhebliche Zweifel an der langfristigen Verlässlichkeit der steuerlichen Rahmenbedingungen haben. Wir sind Zeitzeugen, wie wachsendes Misstrauen zwischen Staat, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgern eine Volkswirtschaft aus dem Gleichgewicht bringt. Dazu hat maßgeblich eine Bundespolitik beigetragen, die durch unklare Zielsetzungen und widersprüchliche Strategien das Vertrauen in die Gestaltungskraft der Politik und in die Reformfähigkeit Deutschlands untergraben hat.

Die großen Aufschwungphasen unserer Wirtschaftsgeschichte wie das sogenannte deutsche Wirtschaftswunder waren nur möglich, weil und solange die Vertrauensbasis intakt war. Gerade der Aufstieg Bayerns vom armen, agrarisch geprägten Schlusslicht zum Spitzenland in Deutschland und zu einer der attraktivsten Wirtschaftsregionen Europas konnte sich nur deshalb so dynamisch entwickeln, weil dieser Aufstieg von einer Vertrauenskultur getragen war, zu der alle Seiten – Politik,



Staat und Verwaltung ebenso wie die Wirtschaft und ihre Organisationen – bewusst und gezielt ihren Beitrag geleistet haben.

Wirtschaftsnahe und wirtschaftsfreundliche Politik, zu der die Wirtschaft Vertrauen haben kann, muss den ständigen Kontakt mit den Unternehmen suchen und sowohl in den Vorstandsetagen der Großindustrie wie an den Werkbänken des Mittelstands zuhause sein.

Ein solcher über die Jahre kontinuierlich zu führender Dialog muss Plattformen haben und von aktiven Organisationen getragen sein. Große Verdienste als Mittler zwischen Wirtschaft und Politik, aber natürlich auch als kompetente Interessenvertretung der Wirtschaft, haben sich die Kammern und die Verbände in Bayern erworben. Einen wichtigen Beitrag dazu, Plattformen für den Dialog zwischen Wirtschaft und Politik zu schaffen und Foren des Meinungsaustauschs zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft anzubieten, leistet in Bayern auch der Wirtschaftsbeirat.

Miteinander sprechen statt übereinander oder gegeneinander. Sich kennen und – trotz unterschiedlicher Interessen – respektieren, das ist ein wichtiges Element der Vertrauenskultur in Bayern. Erleichtert wird dies, weil die meisten der am Dialog Beteiligten über einen gemeinsamen inneren Kompass verfügen: gemeinsame gesellschafts- und ordnungspolitische Überzeugungen, die ihre Grundlage in einer gemeinsamen Wertebasis haben und das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft.

„Wohlstand für alle“ im Sinne Ludwig Erhards ist dabei nur ein Aspekt. Mindestens eben so wichtige, wenn nicht sogar wichtigere Ziele sind

- die Schaffung einer freiheitlichen Ordnung, die die Eigenverantwortung, das Selbstbewusstsein und die Initiative des Einzelnen fordert,
- volle Nutzung der individuellen und sozialen Chancen, die Markt und Wettbewerb bieten sowie
- ein sozialer Ausgleich für diejenigen, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können. Von egoistischer Selbstbedienung zugunsten der eigenen Ansprüche, wie wir es immer wieder erleben, war nie die Rede.

Trotz aller Interessengegensätze des Alltags muss diese Wirtschaftsordnung von der Überzeugung der Bevölkerung getragen sein, dass wir – bildlich gesprochen – alle „in einem Boot sitzen“ und dass es ein übergeordnetes Gesamtinteresse aller Gruppen gibt, diese Ordnung intakt zu halten, sie zu verteidigen und von innen her weiterzuentwickeln.

Diese Einsicht ist vom allgegenwärtigen Wohlfahrtsstaat vielfach verschüttet worden. Den Menschen wurde eingeredet, mit einer forschen Sozialpolitik könnten alle Besitzstände unangetastet bleiben – ein verhängnisvoller Irrtum, für den wir noch alle bezahlen werden.

In Bayern ist es – vor allem dank politischer Kontinuität – besser als anderswo gelungen, sich von solchen Illusionen abzukoppeln und statt dessen das Bewusstsein ökonomischer Vernunft wach zu halten.

Vor dem Hintergrund eines bewusst gestalteten Vertrauensklimas haben sich in Bayern Initiativen von Politik und Wirtschaft entwickelt, die beispielgebend für ganz Deutschland sind: der Beschäftigungs- und der Umweltpakt Bayern, die High-Tech-Initiativen („Offensive Zukunft Bayern“) oder auch der Bildungs- und Ausbildungspakt Bayern. Dies alles hat in Jahrzehnten konsequenter, aber auch flexibler Wirtschaftspolitik Vertrauen wachsen und gedeihen lassen.

Es entspricht der besonderen Vertrauenskultur zwischen Wirtschaft und Politik in Bayern, dass grundsätzliche Richtungsentscheidungen nicht einsam am grünen Tisch getroffen werden. Die Staatsregierung bedient sich vielfältiger Kontakte zur Wirtschaft, sie diskutiert die anstehenden Fragen so ausführlich mit den Betroffenen, dass dem Gesetzgebungsverfahren ausgereifte Vorlagen zur Verfügung stehen. Nicht zuletzt deshalb verzeichnen wir in Bayern einen gottlob geringen Anteil von öffentlichen Fehlinvestitionen.

Wir leben in schwierigen Zeiten. Der Reformstau in Deutschland hält an. Viele Unternehmen – gerade aus dem Mittelstand – leiden unter unzureichenden Standortbedingungen, manche kämpfen wirklich ums Überleben. Zahlreiche international tätige Betriebe orientieren sich um und verstärken ihre Aktivitäten im Ausland. Wir erleben einen schleichenden Exodus von Unternehmen, Führungskräften, Qualifikationen, Kompetenzen, exzellenten Leistungen und Chancen.

Umso dringlicher wäre es, gerade jetzt die Kontakte zwischen der Wirtschaft und der Politik zu verstärken.

Wann - wenn nicht jetzt - müsste die Wirtschaft alle Register ziehen, um der Politik auf allen Ebenen ein realistisches Bild von der wirtschaftlichen Situation und den weiteren Aussichten auf Arbeitsplätze, Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit zu vermitteln?

- Wann – wenn nicht jetzt – wäre es wichtiger, auf politische Entscheidungen, alternative Konzepte und auf die öffentliche Diskussion von Seiten der Wirtschaft Einfluss zu nehmen?

- Wann – wenn nicht jetzt – wäre es auch für die Wirtschaft erfolgversprechender, auf ein politisches Umfeld Einfluss zu nehmen, das insgesamt unter einem großen Handlungsdruck steht und mehr als je zuvor bereit scheint, auch einschneidende Reformen mitzutragen?

In der Sozialen Marktwirtschaft tragen auch die Unternehmen ein hohes Maß an Mitverantwortung für die Rahmenbedingungen, mit denen die Wirtschaft in unserem Land zurecht kommen muss. Es ist eine Bringschuld der Wirtschaft, alles ihr Mögliche zu tun, um in der Öffentlichkeit wie in der Politik ein realistisches Problembewusstsein zu verankern. Wer soll denn sonst immer wieder informieren, aufklären, vor Fehlentwicklungen warnen und für tragfähige Zukunftskonzepte werben, wenn nicht die Unternehmer, die täglich die Praxis des regionalen und internationalen Wettbewerbs zu bestehen haben?

Nur wenn den Menschen wirklich bewusst ist, um welche Alternativen es geht und was für sie selbst auf dem Spiele steht, wird es auch politisch wieder handlungsfähige Mehrheiten geben, die wirkliche Reformen ermöglichen. Nur eine handlungsfähige Politik, die die Menschen bei ihren wirklichen Problemen „abholt“ und in der Lage ist, diese Probleme auch konkret anzugehen und zu lösen, kann auf Dauer Vertrauen schaffen.

Wir leben in Bayern nicht auf einer Insel der Seligen. Aber wir haben für ein Klima gegenseitigen Vertrauens zwischen Wirtschaft und Politik vergleichsweise die allerbesten Voraussetzungen.

Wer Glaubwürdigkeit sät, wird Vertrauen ernten. Wer Vertrauen erntet, wird ein Klima der Offenheit, der Wahrhaftigkeit und des Respekts schaffen, aber auch ein Klima voll Kraft, Mut und Zukunftswillen. Nur in einem solchen Klima wächst der Wohlstand.